
Wortlaut der Petition

Keine staatlichen Subventionen für Elektroautos

Ein Staat soll sich auf Subventionen und Förderungen beschränken, die dem Gemeinwohl dienen. Dies ist bei der Elektromobilität nicht der Fall. Es werden nicht weniger natürliche Ressourcen verbraucht, sondern lediglich andere als bisher. Die Förderung des individuellen PKW löst keine Umweltprobleme und ist dem Gemeinwohl nicht dienlich. Menschen ohne Führerschein beispielsweise profitieren nicht. Das Geld fehlt an andere Stelle, etwa beim ÖPNV.

Begründung

Die staatliche Subventionierung des Kaufes von Elektroautos kann keine Aufgabe im Sinne des Gemeinwohl sein. Es werden nicht weniger natürliche Ressourcen verbraucht, sondern lediglich andere als bisher. Die abermalige Förderung des individuellen PKW löst zudem keine Umweltprobleme und ist dem Gemeinwohl daher nicht dienlich. Ferner profitieren Menschen ohne Führerschein nicht, somit weder Alte noch Junge. Das Geld fehlt an andere Stelle, etwa beim ÖPNV.

Es ist zu einer Unart geworden, dass sich der Staat, egal ob in Gestalt eines Bundeslandes, Nationalstaates oder der EU, in jegliche Art des Wirtschaftens mit Subventionen und Förderungen einmischt. Der Petend findet dies grundsätzlich falsch und fast nie vertretbar. Subventionen für Tiertransporte, Lebensmittelexporte, Schneekanonen und Seilbahnen sowie die unsägliche Abwrackprämie der Vergangenheit seien hier nur beispielhaft genannt. Tausende andere Förderungen, Steuerprivilegien und vom Staat erfundene Abschreibungsmodelle gehören in diegleiche Kategorie. All dies sind keine staatlichen Aufgaben, in vielen Fällen sind sie sogar direkt gemeinwohlschädlich.

In Deutschland fehlt es an Personal in Schulen, Hochschulen und bei der Polizei. Das Personal in Krankenhäusern, sowohl ärztlich wie nichtärztlich, ist chronisch überlastet und ständig über seiner Leistungsgrenze gefordert. Gerichte sind unterbesetzt, Verfahren schleppen sich über Jahre hin oder werden schlampig geführt, gerne auch beides in Kombination. Die Bundeswehr ist nicht einsatzfähig. Keine einzige seiner originären Aufgaben erfüllt der Staat aus Sicht des Petenden in angemessener Weise. Dies trotz einer Steuerbelastung, die über die Grenze zur Enteignung hinausgeht. (Im Schnitt über 50 %, wenn die Mehrwertsteuer eingerechnet wird, dazu Gebühren und Abgaben und weitere Einzelsteuern).

Aktuell der individuellen Verantwortung zugeschriebene Nöte wie Pflegebedürftigkeit, Kinderarmut, Altersarmut oder „working poor“ werden hier sogar noch ausgeklammert, werfen aber ebenfalls Fragen nach der Werteordnung und den Prioritäten diese Parlamentes auf.

Der Staat hat zuviele unberechtigte, massiv ungerechte und in keiner Weise dem Gemeinwohl dienende Förderungen, Subventionen und Steuerprivilegien und sollte tunlichst keine weiteren hinzufügen.

Als Steuerzahler möchte ich, dass meine Steuern für originäre staatliche Aufgaben verwendet werden oder Menschen in Notlagen zugute kommen. Ich sehe es hingegen nicht als meine Aufgabe an, leistungsfähige Unternehmen und Industriezweige zu subventionieren. Wenn starke Schultern mehr tragen sollen als schwache, wie es gerade von denen, die sich für besonders sozial und gerecht ausgeben, oft zu hören ist, muss nicht der Steuerzahler Geschenke an die Automobilindustrie verteilen.

Gleiches gilt für Subventionen, die in keiner Weise ernsthaft dem Gemeinwohl oder dem Umweltschutz dienen. Dazu gehört beispielhaft das Elektroauto.

Anregungen für die Forendiskussion
